

Elisabeth Motschmann
Newsletter
15. Dezember 2017



**Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,
liebe Freundinnen und Freunde,**

heute berichte ich aus der letzten Sitzungswoche dieses besonders ereignisreichen Jahres. Obwohl das Ringen um eine stabile Regierung immer noch anhält und das politische Berlin durch mögliche Regierungskonstellationen in Atem gehalten wird, arbeiten wir Abgeordneten.

Diese Woche standen deshalb auch viele wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Wieder einmal ging es um Mandatsverlängerungen unserer Streitkräfte im Ausland. Den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr möchte ich auch hier für ihren Einsatz danken. Sie verbringen das Weihnachtsfest nicht zuhause, sondern in verschiedenen Krisenregionen der Welt. Mein Dank gilt auch Polizei, Feuerwehr und allen, die in den Feiertagen für uns alle Dienst tun.

Nun wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete und erholsame Weihnachtszeit und alles Gute, Gesundheit und Zuversicht für das Jahr 2018.

Herzliche Grüße
Ihre

Elisabeth Motschmann

Modernisierung unseres Landes und Sicherheit für die Bürger

Das erste Gespräch zwischen den Spitzen von Union und SPD stand in dieser Woche an. Wir als Union sind zur Bildung einer stabilen Bundesregierung bereit. Dass die SPD ihre Position überdacht hat und nun Gespräche mit uns führen wird, ist ein wichtiger Schritt, damit wir endlich vorankommen. Klar ist: In einer Koalition kann man nicht alles umsetzen, was im eigenen Wahlprogramm steht. Es braucht Kompromissfähigkeit, es braucht Verantwortungsbewusstsein für unser Land. Klar ist aber auch, dass die Bürgerversicherung kein Problem löst und dass wir unser Regelwerk zur Migration umsetzen wollen.

Deutschland braucht eine stabile Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit, keine Experimente. Eine Große Koalition kann die notwendige Modernisierung unseres Landes intensivieren und den Bürgern Sicherheit geben. Gleichzeitig darf sie keine Lähmung in wichtigen Fragen erzeugen. Für die Modernisierung ist zentral, dass öffentliche Investitionen in Straßen und Schienen schneller umgesetzt werden und wir bei der Digitalisierung schnell vorankommen. Die Situation an unseren Schulen müssen wir verbessern, den Ländern werden wir als Bund dabei helfen.

Wir wollen die Sicherheit für unsere Bürger im umfassenden Sinne verbessern: vor allem die Innere Sicherheit, aber auch die Soziale. Wir werden darauf achten, dass unser Land nicht überfordert wird bei der Migration, deshalb ist die Umsetzung des Regelwerks zur Migration von CDU und CSU vom 8. Oktober 2017 so zentral. Für diese Vorhaben brauchen wir einen leistungsfähigen Staat mit guter Verwaltung und guter Justiz. Das ist eine große Aufgabe für Bund und Länder. Schließlich wollen wir Europa stärken und besser ins nächste Jahrzehnt führen.

Opferschutz verbessern

Wir wollen mit einem fraktionsübergreifenden Antrag aus der demokratischen Mitte heraus den Schutz von Opfern von Gewalttaten verbessern. Insbesondere liegt uns ein besseres Opferentschädigungsgesetz am Herzen. Opfer von Gewalttaten leiden oft lange physisch und psychisch unter den Folgen der Tat.

Wir beschränken uns bei unserer Initiative nicht auf die Opfer des Anschlags vom Breitscheidplatz, sondern beziehen bewusst auch Opfer von anderen Gewalttaten ein. Es gilt nun, eine Erhöhung und Ausweitung von Entschädigungen bei terroristischen Anschlägen und sonstigen Gewalttaten zu prüfen. Wir brauchen zentrale Anlaufstellen, die im Falle eines Anschlags schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Wir sichern schließlich den über 60 zum Teil schwer Verletzten und den Hinterbliebenen der zwölf Getöteten vom Breitscheidplatz weiterhin unsere Solidarität und Unterstützung zu. Zudem streben wir als Union einen Untersuchungsausschuss an, um das Attentat auf den Weihnachtsmarkt vor der Berliner Gedächtniskirche lückenlos aufzuklären.

Die Verhandlungen mit den anderen Fraktionen über einen gemeinsamen Einsetzungsantrag sind noch nicht abgeschlossen, wir werden sie fortsetzen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir noch besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte.

Wir werden alles daransetzen, die Umstände des Attentats weiter aufzuklären, um daraus weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Aufenthaltsrecht zu ziehen.

Flagge zeigen gegen Judenhass und Antisemitismus



**Zusammen gegen Antisemitismus und Judenhass
12. Dezember 2017**

Am Dienstag feierte Berlin das jüdische Lichterfest Chanukka. Dies nahmen Kollegen und ich zum Anlass, mit vielen Berlinerinnen und Berlinern eine Mahnwache abzuhalten und gegen das Verbrennen von israelischen Flaggen vor dem Brandenburger Tor Flagge zu zeigen. Dies sollte ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und Judenhass sein. So haben wir am Dienstag unsere Verbundenheit mit dem Staat Israel und den Juden in unserem Land gezeigt.

Elisabeth Motschmann Newsletter

„Ungleichland“: mein Interview zum Thema Geschlechtergerechtigkeit



Klartext vor der Kamera
12. Dezember 2017

Für den zweiten Teil der Dokumentation „Ungleichland“ habe ich Dienstag wieder vor der Kamera gesessen. Im ersten Teil haben wir Frauen die Frage beantwortet: „Als Frau im Bundestag – spielt Ihr Geschlecht eine Rolle?“. Im zweiten Teil sollen jetzt unsere männlichen Kollegen zu Wort kommen. Auf das Ergebnis bin ich sehr gespannt

Elisabeth Motschmann Newsletter

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission im Südsudan (UNMISS)

Im Dezember 2013 brach im Südsudan der Bürgerkrieg aus. Die Bundeswehr unterstützt die Friedensmission der Vereinten Nationen mit Blauhelmen, die als Stabspersonal im UNMISS-Hauptquartier Dschuba sowie als Militärbeobachter in der Fläche des Landes eingesetzt sind. Das Mandat, das eine Obergrenze von 50 Soldaten hat, haben wir bis zum 31. März 2018 verlängert.



Am Mittwoch hielt ich meine 2. Rede in dieser Legislaturperiode
13. Dezember 2017

Meine Rede entnommen aus dem Plenarprotokoll

Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):

„Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bundeswehreinsatz im Südsudan im Rahmen der Vereinten Nationen, UNMISS, ist aus drei Gründen wichtig:

Erstens. Verlässlichkeit gegenüber der Bevölkerung im Südsudan, die nach wie vor massive Probleme hat und auf Hilfe angewiesen ist.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Zweitens. Verlässlichkeit gegenüber den Vereinten Nationen, die diesen Einsatz führen. Denn wer einen Sitz im UN-Sicherheitsrat anstrebt, muss verlässlich sein.

Drittens. Verlässlichkeit gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten, die sich im Einsatz befinden.

Verlässlichkeit ist einer der wichtigsten Grundsätze in der Außenpolitik. Das gilt gerade auch in diesem Augenblick, in dem wir noch keine gewählte Regierung haben. Die internationale Gemeinschaft baut auf ein verlässliches Deutschland, und das soll bitte auch so bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wie sieht es nun zurzeit im Südsudan aus? Eben haben wir einiges gehört: Die Situation ist nach wie vor dramatisch. Alle Konfliktparteien führen ihre militärischen Aktivitäten fort. Regierung und Rebellen halten sich nicht an den Waffenstillstand. Ethnische Auseinandersetzungen und Racheakte sind an der Tagesordnung. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Übergriffe auf die Zivilbevölkerung sind an der Tagesordnung. Hunger, Gewalt, sexuelle Verbrechen, Verstümmelungen sind an der Tagesordnung. Humanitäre Helfer sind Behinderungen, Übergriffen und Erpressungen ausgesetzt. Allein 2017 sind 18 von ihnen zu Tode gekommen. Von den ursprünglich 12 Millionen Einwohnern sind 7,6 Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Sie hungern. Mehr als 2 Millionen Menschen sind in Nachbarländer geflohen, rund 1,9 Millionen wurden innerhalb des Landes vertrieben. Besonders betroffen - das sage ich hier auch noch einmal ausdrücklich - sind natürlich immer die Wehrlosesten, und das sind Kinder und Frauen.

Vor dieser Situation dürfen wir die Augen nicht verschließen. Es wäre unverantwortlich, wegzusehen, Hilfe zu verweigern und die Menschen im Südsudan ihrem

Elisabeth Motschmann Newsletter

Schicksal zu überlassen. Das sage ich auch in Richtung der Linkspartei. Wir müssen verhindern, dass der Südsudan zu einem vollends gescheiterten Staat abgleitet. Wir müssen verhindern, dass sich immer mehr Menschen auf die Flucht begeben. Andernfalls sind unsere Appelle zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Heimatländern nichts als leere Versprechungen.

Ja, diese Mission hat auch Rückschläge hinnehmen müssen. Nicht alles funktioniert fehlerfrei. Angesichts der vielen Herausforderungen und schweren Ausgangsbedingungen in dieser unruhigen Region kann das vielleicht auch nicht anders sein. Das darf aber dennoch kein Grund dafür sein, dass wir kapitulieren. Wenn wir kapitulieren und uns zurückziehen, wie uns das die Linken in ihrem Entschließungsantrag empfehlen, dann werden die Südsudanesen erst recht kapitulieren und das Land endgültig verlassen.

UNMISS ist es gelungen, für bessere Notfallplanung zu sorgen und durch Patrouillen ihre Wirksamkeit im Land und damit den Schutz der Zivilbevölkerung zu steigern. Unser Engagement befindet sich im Einklang - das finde ich wichtig - mit unseren afrikapolitischen Leitlinien, die das Ziel haben, den Kontinent auf dem Weg zu Frieden und Stabilität zu unterstützen. Dieser vernetzte Ansatz ist wichtig. UNMISS flankiert die vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Schwerpunkten in der Wasserversorgung, Landwirtschaft, Governance. Für mich steht fest: Wenn es nicht ein Minimum an Sicherheit gibt - dafür sind unsere Soldatinnen und Soldaten in dem Land; und nicht nur sie allein -, wird es auch keine humanitäre Hilfe geben können. Auch medizinische Versorgung, Nahrung, Lebensmittelgrundlagen, Notunterkünfte sind ohne die Gewährleistung von Sicherheit undenkbar.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Bijan Djir-Sarai
(FDP))

Elisabeth Motschmann Newsletter

Deshalb können wir beim besten Willen dem Entschließungsantrag der Linken nicht zustimmen. Sie unterliegen immer wieder dem Irrtum, man könne humanitär helfen, auch wenn nicht mindestens die Sicherheit der Helfer und der Transporte gewährleistet ist. Weil Sie das nicht verstehen, was ich nicht verstehe, müssen wir Ihren Antrag leider ablehnen.

(Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Nicht leider! Mit Überzeugung!)

Ich bitte um Zustimmung für den Antrag und für diesen Einsatz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Voradventliche Feier der CDU Bremen-Nord



Mit Rainer Bensch (Kreisvorsitzender in Bremen-Nord) und meinem Mann beim Musizieren
30. November 2017

Erste voradventliche Feier bei der CDU in Bremen Nord. Herzlich begrüßt wurde ich vom Kreisvorsitzenden Rainer Bensch. Danach gab es viele herrliche Leckereien. Mein Mann und ich begleiteten die schönen alten Lieder.

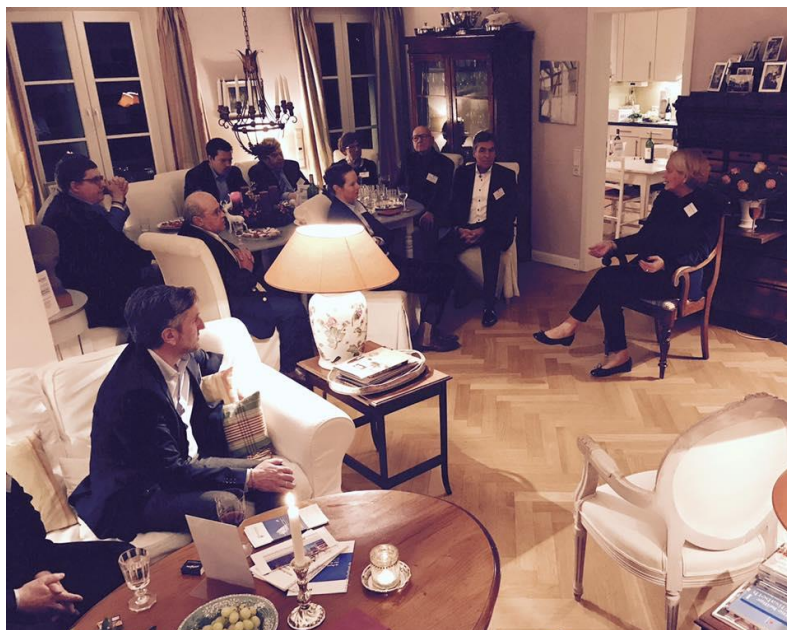
Elisabeth Motschmann Newsletter

Weihnachtsfeier-Marathon in Bremen: die schönste Zeit des Jahres

Eine Woche mit täglichen Adventsfeiern liegt hinter mir: in Bremen-Nord, mit dem Landesvorstand der Frauen Union, mit dem Stadtbezirk Schwachhausen und dem Wirtschaftsrat. Und nun wünsche ich allen einen gesegneten zweiten Advent! Gemeinsam diskutieren wir u.a. über die aktuelle Regierungsbildung und den Umgang mit der AfD im Bundestag.



Bei der Weihnachtsfeier der Frauen Union und der Weihnachtsfeier des Stadtbezirks Schwachhausen gemeinsam mit Silvia Neumeyer (stellv. Fraktionsvorsitzende) und Jörg Kastendiek (Landesvorsitzender)
06. und 07. Dezember 2017



Die Weihnachtsfeier des Wirtschaftsrats der CDU
08. Dezember 2017

Elisabeth Motschmann Newsletter

Auto Digital – Konferenz der Jacobs-Stiftung



Prof. Dr. Katja Windt
30. November 2017

"Auto digital" ist das spannende Thema einer Konferenz der Jacobs University Bremen (JUB) und dem Weser Kurier. Prof. Dr. Katja Windt, die Präsidentin der JUB, leitete in das Thema ein. Im Übrigen diskutieren Experten über das Auto der Zukunft.